Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3521

19. 12. 79

Sachgebiet 96

Antrag

der Abgeordneten Tillmann, Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd), Weiskirch (Olpe), Ernesti, Damm, Dreyer, Sick, Benz, Pfeffermann, Biehle, Dr. Stercken, Voigt (Sonthofen), Würzbach, Frau Krone-Appuhn, Handlos, Gierenstein, Stahlberg, Dr. Jobst, Hanz, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Frau Hoffmann (Hoya), Straßmeir, Bühler (Bruchsal), Dr. Friedmann, Jäger (Wangen), Dr. Fuchs, Weber (Heidelberg), Dr. Hennig, Löher, Dr. Stavenhagen und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU

Europäische Flugsicherung

Fortbestand und Ausbau der europäischen Flugsicherung befinden sich in einer existenzbedrohenden Krise. Das Verhalten verschiedener nationaler Behörden läßt seit längerem klar erkennen, daß die Lösung der Probleme der Flugsicherung in Europa in nationalen Alleingängen betrieben wird. Angesichts

— der bereits erreichten und ständig wachsenden Verkehrsdichte im westeuropäischen Luftraum,

— des damit verbundenen Zwangs zur besseren Nutzung des europäischen Luftraums,

— der hohen Geschwindigkeiten im modernen Luftverkehr,

— der Komplexität zivil-militärischer Luftraumnutzung im westeuropäischen Bereich und der dadurch notwendigen engen Zusammenarbeit,

— der erfolgreichen Arbeit von Eurocontrol sowie des technologischen Vorsprungs dieser Organisation

muß ein Rückfall in nationale Lösungen als besonders verhängnisvoll angesehen werden.

Dieser bedenklichen Luftverkehrspolitik westeuropäischer Staaten stehen die klaren Aussagen der Experten aus der Praxis des Luftverkehrs und die Empfehlungen des Europäischen Parlaments zur Verbesserung der Flugüberwachung in Europa von 1978 und 1979 gegenüber, daß ohne ein europäisches Kontroll- und Steuerungssystem für den Luftverkehr diesem in den achtziger Jahren das Chaos droht.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67

In der Luftverkehrspolitik der Bundesregierung gibt es keine Anzeichen dafür, daß sie sich entschieden den Tendenzen zu nationalen Lösungen und der Renationalisierung bestehender europäischer Einrichtungen widersetzt. Im Gegenteil, die Bundesregierung betreibt die Renationalisierung der Flugsicherungszentrale von Eurocontrol in Karlsruhe und den Abbau der Eurocontrol-Zentrale Maastricht.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. den Fortbestand und weiteren Ausbau der Kompetenzen von Eurocontrol in der europäischen Flugsicherung umgehend zum Gegenstand von Verhandlungen mit den beteiligten Ländern auf höchster politischer Ebene zu machen,
2. die Empfehlungen des Europäischen Parlaments zur Verbesserung der Flugüberwachung in Europa von 1978 und 1979 zum Maßstab ihres Handelns zu machen,
3. den Renationalisierungsbestrebungen in der europäischen Flugsicherung entschieden entgegenzuwirken,
4. den technologischen Vorsprung von Eurocontrol nicht nur nicht zu gefährden, sondern besonders auch im Hinblick auf die zivil-militärische Zusammenarbeit im nationalen Bereich verstärkt zu nutzen.

Bonn, den 19. Dezember 1979

Tillmann
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Weiskirch (Olpe)
Ernesti
Damm
Dreyer
Sick
Benz
Pfeffermann
Biehle
Dr. Stercken
Voigt (Sonthofen)
Würzbach
Frau Krone-Appuhn
Handlos
Gierenstein
Stahlberg
Dr. Jobst
Hanz
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
Frau Hoffmann (Hoya)
Straßmeir
Bühler (Bruchsal)
Dr. Friedmann
Jäger (Wangen)
Dr. Fuchs
Weber (Heidelberg)
Dr. Hennig
Löher
Dr. Stavenhagen
Kolb
Sauter (Epfendorf)
Susset
Dr. Waffenschmidt
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion